Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 265. Mittwoch, 12 November 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Schicksalskrise des Faschismus.

WTB. Aus Italien liegen gegenwärtig sehr ernst lautende Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß die Stunde nicht mehr fern ist, wo der Faschismus in Italien seine Rolle endgültig ausgespielt haben wird. Mussolini, der gefeierte faschistische Führer, macht vergebliche Anstrengungen, um den Widerstand der parlamentarischen Parteien gegen seinen Ruin zu brechen. Jede neue Maßnahme, die er ergreift, ruft so außerordentliche Erbitterung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervor, daß die Wogen der Unzufriedenheit tagtäglich über seinen Kopf zusammen zu schlagen drohen. Selbst die berühmten Vertreter der italienischen Nation, wie der Nachkomme des italienischen Freiheitshelden Garibaldi, treten jetzt ganz entschieden mit der Forderung hervor, daß endlich mit der Terrorherrschaft des Faschismus ein Ende gemacht werde, die der großen italienischen Nation unwürdig sei.

Es hat in Deutschland sehr viele Leute gegeben, die geneigt waren, ein Loblied des Faschismus zu singen und dem deutschen Volke zu empfehlen, an die Stelle des parlamentarischen Staates ebenfalls ein faschistisches Regime zu setzen. Sie beriefen sich auf die unverkennbar großen Anfangserfolge, die Mussolini mit seiner absoluten Regierungsgewalt zu verzeichnen hatte. Tatsächlich darf man nicht vergessen, daß der italienische Faschismus im ersten Jahre seines Bestehens sehr große Erfolge aufzuweisen hatte und in der Lage war, die italienische Politik wieder zu großem Einfluß und Ansehen in Europa zu bringen. Diese Zeit der Blüte hörte jedoch in dem Augenblick auf, wo Mussolini im Hinblick auf die demokratische Regierung in England und Frankreich den Versuch machen wollte, sein Regime der demokratischen Staatsform Italiens anzupassen. Die faschistische Anhängerschaft, die sich dadurch in ihrem Einfluß auf die Geschicke des Landes beeinträchtigt sah und die befürchtete, ihre Macht mit den gemäßigten Parteien des Landes teilen zu müssen, fing an, mehr oder weniger offen zu rebellieren und die Meinungsfreiheit anders gerichteter Kreise mit blutiger Gewalt zu unterdrücken. Hinzu kam noch, daß andere nationalistische Organisationen, wie die Vereinigung der Frontkämpfer, absolut nichts mehr von dem reaktionären System Mussolinis wissen wollten und ihrerseits mit der Forderung hervortraten, die demokratischen Freiheiten wieder herzustellen. Diese Gegensätze erreichten ihren Höhepunkt bei den letzten Siegesfeiern, wo faschistische Banden es unternahmen, über die Vertreter der Frontkämpfer herzufallen und sie aufs schmählichste zu mißhandeln. Ein Sturm der Enttäuschung ging durch das ganze Land und alle nationalen Organisationen beschlossen einmütig, jede Gemeinschaft mit dem Faschismus abzulösen. Führende Männer der Politik, die sich früher von der faschistischen Partei auf die Wahllisten setzen ließen, lehnen es jetzt ab, nochmals eine faschistische Kandidatur anzunehmen, indem sie die Zumutung zurückweisen, für eine verlorene Sache einzutreten. Das nationale Organ, das „Giornale d'Italia", das neben dem faschistischen „Popolo" bisher die führende Zeitung des Faschismus war, ist mit wehenden Fahnen in das Lager der Gegner übergegangen und richtet jetzt die heftigsten Angriffe gegen Mussolini.

Er ist geradezu erstaunlich, wie hilflos sich der faschistische Führer dieser Situation gegenüber benimmt. Anstatt einen zielbewußten Schritt zu unternehmen, um die Einigkeit in Italien wieder herzustellen und durch einen Appell an das italienische Volk die Wogen der Empörung zu dämpfen, überläßt er es seinen untergeordneten Organen, die unsinnigsten Versammlungsverbote zu erlassen und die Freiheit der Presse zu unterdrücken. Die Folge davon ist, daß man jetzt offen damit beginnt, die Anordnungen der Regierung nicht mehr zu befolgen und ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Dabei stellt sich heraus, daß der Faschismus auch in erschreckendem Umfange seine Autorität eingebüßt hat und viele Behörden sich offen weigern, den Weisungen Mussolinis nachzukommen.

Es mag vielleicht schmerzlich sein, eine einst so große und zugkräftige Bewegung, wie den Faschismus, jetzt vor dem Zusammenbruch stehen zu sehen, aber es ist vielleicht nicht ganz unerwünscht, daß mit einer unheilvollen Illusion endgültig aufgeräumt wird. Man mag über Staatsform und Regierungsprinzipien denken, wie man will, den Faschismus aber hat niemals jemand ernsthaft als eine wirklich lebensfähige Regierungsidee anerkennen können, es sei denn, daß er ihn nur aus ganz weiter Ferne kannte. Es hat sich nämlich mit einer geradezu erschreckenden Deutlichkeit gezeigt, daß der Faschismus nichts anderes darstellt als das Gegenstück zum Bolschewismus, und daß er auf der gleichen Grundlage der uneingeschränkten und rücksichtslosesten Gewaltherrschaft einer einzigen Partei beruht, nur daß diese Partei Italiens nicht bolschewistisch, sondern eben faschistisch eingestellt ist. Das Regierungsexperiment Mussolinis wird sich noch einige Monate am Leben halten können, aber es ist schon jetzt mit Sicherheit vorauszusehen, daß es eines Tages ebenso sang- und klanglos zusammenbricht, wie es sich mit schmetternden Fanfaren und jubelnder Begeisterung zur Macht geschwungen hatte.

Der braunschweigische Landtag aufgelöst.

Braunschweig. Der braunschweigische Landtag ist gestern geschlossen worden. Die Neuwahlen finden zusammen mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember statt. Der Vizepräsident schloß die Tagung mit dem Wunsche, die neuen Friede möchen dem Lande zum Segen gereichen.

Die Lage in Oesterreich.

Sitzung des Nationalrates.

)(**Wien.** Die gestrige mit Spannung erwartete **Sitzung des Nationalrats** nahm einen kurzen und ruhigen Verlauf. Die Abgeordneten waren fast vollzählig erschienen, die Ministerbank war leer, Bundeskanzler Seipel und die übrigen **Minister hatten die Sitze bei ihren Parteien eingenommen.** Die Tribünen waren überfüllt. Nach einem längeren Nachruf für den jüngst verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Wiedenhofer und Inpflichtnahme einiger Ersatzmänner verlas Präsident Miklas das **Schreiben des Bundeskanzlers,** in dem von der **Demission der Gesamtregierung** und ihrer Betrauung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte Mitteilung gemacht wird, und berief darauf für heute, eine halbe Stunde nach Schluß der Sitzung, den Hauptausschuß, damit dieser seiner verfassungsmäßigen Pflicht entspreche. Der Präsident schlug dann, einem Wunsch der Parteien entsprechend, vor, die nächste Sitzung auf Donnerstag, 3 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Bericht des Hauptausschusses festzusetzen.

Abg. **Sanueberg** (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokraten die Absicht gehabt hätten, den **Eisenbahnerstreik** im Wege einer dringenden Anfrage im Hause zur Sprache zu bringen, aber mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die heute mittag begonnen hätten, dies heute unterließen. Das Haus müsse jedoch Gelegenheit erhalten, so rasch wie möglich über die Angelegenheit öffentlich zu sprechen. Die sozialdemokratische Partei halte es daher für zweckmäßig, daß die Sitzung am Donnerstag bereits um 11 Uhr vormittags stattfinde. Dem in diesem Sinne gestellten Antrag stimmte das Haus einstimmig zu. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

)(**Wien.** Der **Hauptausschuß** beschloß in seiner an die Sitzung des Nationalrats anschließenden Sitzung mit den Stimmen der Regierungsparteien den bisherigen Bundeskanzler **Seipel** zu beauftragen, dem **Hauptausschuß Vorschläge wegen Neubildung der Regierung** zu unterbreiten. Der Hauptausschuß vertagte sich dann auf Donnerstag vormittag 10 Uhr.

)(**Wien.** Im Laufe des gestrigen Vormittags erschien **Bundeskanzler Dr. Seipel** in Begleitung des Obmanns der Christlichsozialen beim **Präsidenten Dinghofer** und hatte mit diesem, wie die Neue Freie Presse meldet, eine längere Aussprache über die gesamte politische Lage. Dinghofer berichtete hierüber im großdeutschen Abgeordnetenverbande und erhielt die Ermächtigung, gegebenenfalls hinsichtlich einer weiteren Koalition die Verhandlungen mit der Christlichsozialen Partei zu führen.

Vom Eisenbahnerstreik.

)(**Wien.** Die **Verhandlungen des Präsidenten Dr. Günther** mit den **Vertretern der Gewerkschaften** dauern an. Die Blätter erwarten einen günstigen Verlauf, machen aber darauf aufmerksam, daß die letzte Entscheidung nicht in diesen Besprechungen, sondern in den Versammlungen der Gewerkschaften fallen werde. Einige Blätter geben der Besorgnis Ausdruck, daß die Verständigung durch Tariferhöhungen nicht auf Kosten des reisenden Publikums erfolgen könnte.

Ende des Streiks in Oesterreich?

* **Berlin.** Die „D. A. Z." meldet aus Wien: Der Streik der Eisenbahner ist in den gestrigen Abendstunden beigelegt worden. Der Dienst soll bereits nachts wieder aufgenommen werden.

Aufnahme einer deutschen Kommunalanleihe.

)(**Berlin.** Die Deutsche Gironzentrale teilt mit: Die **vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband nach Newyork entsandten Vertreter** sind von ihrer mit Kenntnis der Aufsichtsbehörde ausgeführten Reise **zurückgekehrt.** Die Reise hatte den Zweck, die amerikanische Bankwelt über Wesen und Aufgaben der deutschen Sparkassen- und Giroorganisation zu unterrichten und neben der Anknüpfung allgemeiner Geschäftsbeziehungen insbesondere die Frage zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen es möglich wäre, **amerikanisches Kapital für die Wirtschaft der deutschen Kommunalverbände flüssig zu machen.** Entsprechend der Stellungnahme der Reichsregierung und der Reichsbank zur Aufnahme kommunaler Auslandskredite, mit der sich die von Anfang an in dieser Frage vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie den kommunalen Spitzenverbänden vertretene Auffassung deckte, ist bei den Verhandlungen davon ausgegangen worden, daß zur Vermeidung einer Schädigung **der deutschen Volkswirtschaft langfristige Kredite** von den Kommunalverbänden im Auslande lediglich für werbende Zwecke aufgenommen werden sollten.

Es zeigte sich schon bei den ersten Vorbesprechungen mit den amerikanischen Banken, daß diese den gleichen Standpunkt im Interesse des amerikanischen Kapitals einnahmen. Außerdem aber ergab sich sehr bald, daß die großen Banken der Frage erst dann ein lebhafteres Interesse entgegenzubringen begannen, als das Projekt der **Aufnahme einer größeren einheitlichen deutschen Kommunalanleihe** zur Erörterung gestellt wurde.

Ueber diesen Plan ist es zu ernsthaften Verhandlungen gekommen. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen und erklärlicherweise vertraulichen Charakters, eröffnen aber immerhin schon jetzt Aussicht darauf, daß das **Ziel in absehbarer Zeit erreicht** wird. Voraussetzung ist allerdings, daß die dem Ansehen und der Kreditwürdigkeit der deutschen Kommunalverbände so außerordentlich abträgliche, durch zahllose Vermittler betriebene Nachfrage nach Kommunalkrediten in den Vereinigten Staaten aufhört. Außerdem würde es zum Erfolge wesentlich beitragen, wenn es gelänge, auch die großen deutschen Städte zu einer Beteiligung an der Anleiheaktion der Giroorganisation zu veranlassen. In diesem Falle ist auch die Hoffnung nicht unberechtigt, solche Anleihebedingungen zu erwirken, daß sie allen Kommunalverbänden günstig erscheinen.

Im übrigen braucht nicht erst betont zu werden, daß der Deutsche Sparkassen- und Giroverband die ganze Angelegenheit auch weiterhin nur in ständiger Fühlungnahme mit den zuständigen Reichs- und Staatsstellen behandeln wird.

Der Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zwar schon sehr weit vorgeschritten, aber es muß festgestellt werden, daß **eine vollständige Einigung** zwischen der deutschen und der französischen Regierung **noch nicht erfolgt** ist. Bei der Unterredung, die der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch, mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot hatte, wurde lediglich der Entwurf eines Abkommens erörtert, das die Zollbegünstigungen für eine Reihe von Exportwaren enthält. Bei den weiteren Besprechungen handelt es sich aber vor allem darum, welche **Geltungsdauer** der deutsch-französische Handelsvertrag haben soll, und wie weit das Meistbegünstigungsrecht auf französische Ausfuhrwaren nach Deutschland angewandt werden kann. Die entscheidenden Verhandlungen werden wahrscheinlich erst in der kommenden Woche beginnen, nachdem der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Reichsregierung Bericht erstattet haben wird.

Die Industrie und die Preissenkungsaktion.

Von maßgebender industrieller Seite wird stark bezweifelt, daß die Steuerermäßigungen der Reichsregierung die erhoffte Wirkung einer Senkung der Preise haben sollen. Eine nachhaltige Senkung der Preise würde nach Ansicht der industriellen Kreise nur dann erfolgen können, wenn es gelingt, die Produktion zu steigern. Ebenso würde eine allgemeine Erhöhung der Löhne, wie sie gegenwärtig von den Gewerkschaften angestrebt wird, zu einer Verteuerung der Preise führen. Die Unternehmerschaft beabsichtigt, sofort nach den Wahlen einen neuen Schritt bei der Reichsregierung zu unternehmen, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu verhindern, die von der Regierung Marx-Stresemann in Aussicht gestellt war.

Deutschland im japanischen Urteil.

Wenn Japan auch im Kriege mit Deutschland gestanden hat, so kann dieses Land doch nicht jenen Staaten gleichgestellt werden, deren Bevölkerung in einen haßerfüllten Gegensatz zum deutschen Volke hineingehetzt worden ist. Der Krieg ist für Japan eine leidenschaftslose Angelegenheit, ein politisches Geschäft und wie sich jetzt herausstellt, kein besonders gutes, gewesen. Es nimmt daher nicht wunder, daß der frühere japanische Botschafter in Berlin, Hioki, gelegentlich eines Vortrages vor der Bankenvereinigung Tokios ein Bild von den geistigen und moralischen Kräften Deutschlands seit dem Zusammenbruch geben konnte, das im wesentlichen den Tatsachen entspricht. Hioki führt die Staatsumwälzung weniger auf die Brüchigkeit des alten Systems als auf die völlige Erschöpfung der deutschen Kräfte zurück. Daß das deutsche Volk einen so ungeheuerlichen Weltkampf so lange Jahre hindurch durchfechten konnte, ist für Hioki geradezu ein Beweis für die Stärke des alten Regierungssystems. Als wichtigsten Aktivposten setzt der klug beobachtende Japaner mit Recht die Tatsache ein, daß das deutsche Volk auch jetzt noch sein Selbstbewußtsein behauptet habe. Sehr wesentlich ist, noch dazu von Seiten des Vertreters eines Landes, das mit Frankreich verbündet ist, der Hinweis darauf, daß die Ruhrbesetzung lediglich dem Angstgefühle Frankreichs vor einer allzu schnellen Wiederbelebung der deutschen Wirtschaftskräfte entsprungen sei. Man wird das Zeugnis dieses Mannes auch in Zukunft nicht vergessen dürfen, wenn die Reparationsfrage, deren gegenwärtige Lösung Hioki für Deutschland als unerträglich erklärt, endgültig ins reine gebracht wird.

Die Waffenstillstandsfeier in Paris.

* **Paris.** Anläßlich der Wiederkehr des Waffenstillstandes haben gestern in Paris und in ganz Frankreich große Feierlichkeiten stattgefunden. Gestern früh 8 Uhr wurden vom Fort Vincenne 100 Kanonenschüsse abgefeuert. Die Stadt war festlich geschmückt. Die Einwohner pilgerten zu Tausenden nach dem Grabe des unbekannten Soldaten, vor dem sich schon in den frühen Morgenstunden die Spitzen der Regierung eingefunden hatten. Es wurden zahlreiche Ansprachen gehalten. Das Truppenaufgebot war außerordentlich groß. Präsident Doumergue nahm die Parade von Abteilungen verschiedener Regimenter ab. Am Nachmittag gestaltete sich ein Umzug der Kriegsverletzten zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Der Zug wurde durch Gelähmte eröffnet, die von den Kameraden in kleinen Wagen gefahren wurden, darauf folgten Blinde und Krüppel. Der Anblick rief beim Publikum eine starke Wirkung hervor.

SLUB
Wir führen Wissen.